



I M R A T H A U S

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

An die Medien

24.04.02

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben – SPD spielt auf Zeit

In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses ist deutlich geworden, dass die Vorlage zur zukünftigen Angebotsentwicklung in Tageseinrichtungen für Kinder (Horte) inakzeptabel ist. Sie muss von der Verwaltung zurückgezogen und durch Vorschläge zur Erfüllung des tatsächlichen Bedarfs ersetzt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten die Reaktion der SPD-Fraktion auf den Vorstoß der Verwaltung für völlig unzureichend. Mit dem Vorschlag, die Vorlage zunächst als eingebracht zu betrachten, spielt die SPD lediglich auf Zeit, um die Brisanz der Problematik aus dem Bundestagswahlkampf herauszuhalten. Pikanterweise hat sich Bundeskanzler Schröder gerade vehement für den Ausbau von Hortplätzen ausgesprochen. Der eklatante Widerspruch zur kommunalpolitischen Forderung nach Hortschließungen ist der SPD-Fraktion offenbar nicht verborgen geblieben. Was bei dem Spiel auf Zeit bleibt, ist die Verunsicherung von Eltern und Beschäftigten.

Unsere Fraktion erwartet, dass die Verwaltung in ihrer Personalplanung nicht vorgreift und bereits Fakten schafft. Fraglich ist, ob der Oberbürgermeister beim Wort genommen werden kann, wenn er behauptet, „wir führen keine Kündigungsgespräche“. Tatsache ist, dass das Jugendamt derzeit schon Gespräche in den betroffenen Einrichtungen führt und den Erzieherinnen mit befristeten Arbeitsverhältnissen andeutet, dass sie nicht mit einem Anschlussvertrag rechnen können. Es muss unmißverständlich klar gemacht werden, dass Eltern, die jetzt einen Hort beantragen, nicht abgewiesen werden. Eltern wie Erzieherinnen brauchen für die Zeit nach den Sommerferien wieder Planungssicherheit.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden deshalb in der Ratssitzung am Donnerstag die Verwaltung auffordern, die Situation in der Kinderbetreuung darzustellen und in die Schritte zur Deckung des in der Umfrage aus 2000 ermittelten Bedarfs in einem Kindertagesstättenbedarfsplan zu dokumentieren.

Dieser Plan ist in Arbeit. Er wurde vom Leiter der Jugendamtes, Herrn Kohts in der Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses am 19. September 2001 für die 1. Jahreshälfte angekündigt. Wenn die Ergebnisse der Umfrage ernst genommen werden, muß es im Ergebnis mehr und nicht weniger qualitativ gute Ganztagsbetreuungsangebote in Dortmund geben.

In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass es nicht im Ermessen der Kommune liegt, sich aus der Hortbetreuung zu verabschieden. Aus einer Expertise des Paritätischen Wohlfahrtsverbands vom Juni 2001 wird die Verpflichtungsnorm aus dem § 24 SGB VIII-KJHG ausführlich begründet. Für die Deckung des Bedarfes an Betreuung in Tageseinrichtungen



IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

gibt es eine öffentlich-rechtliche Vorhaltepflcht. In diesem Zusammenhang gilt auch § 2 SGB I, wonach bei der Ausübung von Ermessen sicherzustellen ist, dass die sozialen Rechte möglichst weitgehend verwirklicht werden. Die Schließung von Hortplätzen kann wohl nicht dazu umgedeutet werden.

Die GRÜNEN im Landtag kritisieren in ihrer heutigen Presseerklärung die vorgeschlagenen Maßnahmen der Verwaltung in Dortmund. In den anstehenden Haushaltsberatungen wird sie Versuche der Kommunen, die Landesförderung für Horte zu reduzieren oder Standards zu senken, abwehren.

BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN erwarten, dass die Stadt ihrer Verpflichtung zur Deckung des tatsächlichen Bedarfs nachkommt und die entsprechenden Planungen in Abstimmung mit der Landesregierung zügig umsetzt. Dabei sollen auch gute Erfahrungen mit Betreuungsmodellen andernorts genutzt werden. Zum Beispiel die des bundesweiten Modellprojektes „Orte für Kinder“ Wichtiger Bestandteil ist ein Platz-Sharing, um Angebote bedarfsgerecht zu erweitern. Das Modell ist vom Deutschen Jugendinstitut in München wissenschaftlich begleitet und ausgewertet worden.